

Eine Broschüre gegen steigende Mieten, die Verdrängung von Menschen mit geringen Einkommen und die Vertreibung alternativer Projekte. Eine Broschüre für das gute und selbstbestimmte Leben für alle und überall.

WIR BLEIBEN ALLE.



SOMMER 2009

WIR BLEIBEN ALLE.

**STEIGENDE MIETEN STOPPEN.
VERDRÄNGUNG VERHINDERN.
ALTERNATIVE PROJEKTE VERTEIDIGEN.
WIR BLEIBEN ALLE!**

Seit Jahren nimmt die Armut in Berlin zu, immer mehr Menschen haben keinen Zugang zu Bildung und Kultur, immer mehr Menschen sind auf Suppenküchen und Billig-Essen angewiesen. Gleichzeitig steigen die Mieten in der Berliner Innenstadt, sind für Menschen mit geringen Einkommen oft schon heute unbezahlbar.

Durch diese Entwicklung werden nicht nur Menschen mit geringen Einkommen aus der Innenstadt verdrängt, sondern sind auch viele alternative, nichtkommerzielle Projekte bedroht. Die Besitzerinnen und Besitzer der Häuser und Grundstücke wollen lieber Bürotürme statt Wagenplätze, Luxuswohnungen statt selbstverwalteter Hausprojekte, Einkaufszentren statt kostenloser Kultur.

Viele Menschen sind nicht mehr bereit, diese Entwicklung hinzunehmen. Protest entwickelt sich auf allen Ebenen: gegen Mieterhöhungen, gegen Überwachung, gegen Zwangsräumungen, gegen Polizeischikanen, gegen die Vertreibung alternativer Projekte. Immer mehr Menschen schließen sich zusammen, um gemeinsam Widerstand zu leisten.

Diese Broschüre möchte hierzu ein kleiner Beitrag sein. Wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns mitteilt, wie sie euch gefallen hat. Ihr erreicht uns per E-Mail: broschuere09@riseup.net, oder auch per Post: c/o Stadtteilbüro, NewYork im Bethanien, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin.

Hat Euch diese Broschüre gut gefallen, und ihr möchtet sie gerne weiterverteilen, an Nachbarinnen und Nachbarn, Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde, Verwandte und Bekannte, auf der Straße, in den Schulen oder wo auch immer? An den folgenden Stellen könnt ihr diese Broschüre kostenlos abholen:

- NewYorck im Bethanien, Mariannenplatz 2 (Kreuzberg)
- Info-Laden Xbeliebig, Liebigstr. 34 (Friedrichshain)
- Buchladen Schwarze Risse, Kastanienallee 85 (Prenzlberg)
- Stadtteil-Laden Lunte, Weisestr. 53 (Neukölln)
- Baiz, Torstr. 75 (Mitte)

Zur Schreibweise: Wir benutzen den Unterstrich , denn es gibt eine Vielfalt von Geschlechtern zwischen und jenseits von „weiblich“ und „männlich“ (wir schreiben also z.B. Mieter_innen statt MieterInnen).

V.i.S.d.P.: Martha Blume, Straße der Pariser Commune 71, 10435 Berlin

INHALT

Steigende Mieten

und Verdrängung in der berliner Innenstadt

Dramatische Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt in Berlin	6
Steigende Mieten, Stadtumstrukturierung und Gentrifizierung	8
Privatisierung und ihre Folgen – das Beispiel GSW	11
Neues von der Kampagne gegen Zwangsumzüge	12
Staatliche Maßnahmen und Gesetze – zum Schutz der Mieter_innen?	14
Menschen mit Migrationshintergrund und die Wohnungsfrage	16
Was meinen eigentlich die Parteien SPD, Die Linke, CDU, FDP, Grüne?	17

Widerstand

gegen steigende Mieten, Verdrängung und Stadtumstrukturierung

Die Wohnungsfrage im Kapitalismus	18
Anzeichen für Mieterhöhungen frühzeitig erkennen	20
Beratung und Rechtsweg	21
Druck auf den Hauseigentümer/die Hauseigentümerin aufbauen	22
Bezahlbare Wohnungen für alle und überall erkämpfen	24
Organisationen, Projekte und Initiativen in Berlin – ein Überblick	26

Alternative Freiräume,

autonome Zentren und die „Wir bleiben Alle“ – Kampagne

Alternative Freiräume in Berlin	28
Die „Wir bleiben Alle“-Kampagne	30
Frau Meier und die Mieterhöhung	32
Ein Brief an unseren Hausbesitzer/unsere Hausbesitzerin	34

STEIGENDE MIETEN

UND VERDRÄNGUNG IN DER BERLINER INNENSTADT

DRAMATISCHE VERHÄLTNISSE AUF DEM WOHNUNGSMARKT IN BERLIN

Die Mieten in Berlin liegen immer noch deutlich unter denjenigen vergleichbarer Großstädte wie München, Berlin, London oder Paris. Seit einigen Jahren steigen sie jedoch rasant, und viele Menschen empfinden dies als Bedrohung. Ist die Entwicklung wirklich so dramatisch?

Sie ist es. Denn entscheidend dafür, wie sehr wir unter steigenden Mieten leiden, ob wir unseren Kiez verlassen müssen oder sogar obdachlos werden, ist nicht so sehr die absolute Miethöhe, sondern viel wichtiger ist die Miethöhe im Vergleich zu unseren Einkommen. Und wenn wir diese Zahlen betrachten, zeigt sich, dass die berliner Mieten schon heute extrem hoch sind. So müssen in München die Menschen im Durchschnitt nur 20 Prozent ihres Einkommens für Miete aufbringen – in Berlin sind es bereits durchschnittlich 29 Prozent.

Dies sind nur Durchschnittswerte. Viele Menschen in Berlin müssen bereits bis zu 40 oder sogar 50 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Hinzu kommen steigende Nebenkosten. Wasser, Gas und Strom werden von privaten bzw. privatisierten kommerziellen Kartellen geliefert, auch hier steigen die Preise.

Zuerst bedeuten die steigenden Mieten, dass wir einen noch größeren Teil unserer geringen Einkommen für die Miete verwenden müssen. Dieses Geld fehlt natürlich an anderer Stelle. Ein Kinobesuch, einfach mal mit Freundinnen und Freunden einen trinken gehen, Theater, Konzerte, Essen, Kleidung, Anschaffungen, Urlaubsreisen, Bücher, das U-Bahn-Ticket - all das können wir uns immer weniger leisten, wenn die Mieten steigen.



Und oft ist es nur noch ein kleiner Schritt bis zu dem Punkt, an dem die Miete absolut unbezahlbar wird – und wir unsere Wohnung verlassen müssen, oft noch mit einem Haufen Mietschulden an der Backe. Ein Ende bei den Mietsteigerungen ist noch lange nicht in Sicht.

So entstehen große Flächen in der Stadt, wo Menschen mit geringen Einkommen keine Chance mehr haben, eine Wohnung zu bewohnen, geschweige denn neu anzumieten. Dies bedeutet faktisch eine Spaltung der Stadt, die die Spaltung der Gesellschaft fortsetzt. Diejenigen, die eh schon meist auf den Gebieten Bildung, Beruf, Kultur, Mobilität usw. weit ausgegrenzt sind, werden nun auch räumlich vertrieben.

STIEGENDE MIETEN, STADTUMSTRUKTURIERUNG UND GENTRIFIZIERUNG

Dass die Mieten, vor allem in einigen Innenstadtbezirken, seit einigen Jahren sehr stark steigen, hat verschiedene Ursachen. Zum einen scheint es, dass der Trend einiger Jahre, dass diejenigen, die es sich leisten können, lieber ins Umland von Berlin ziehen, nicht mehr aktuell ist. Mittlerweile ist es wieder schick geworden, im Zentrum zu wohnen. Zum anderen sind in den letzten Jahren 10tausende ehemals städtische Wohnungen privatisiert, also an private Käufer verkauft worden, die natürlich aus ihrem Eigentum entsprechend Profit erwirtschaften wollen. Und die wenigen verbleibenden städtischen Wohnungsgesellschaften werden zunehmend dazu angehalten, profitabel zu arbeiten – anstatt sich um ihre eigentliche Aufgabe zu kümmern, nämlich die Versorgung von Menschen mit geringen Einkommen mit angemessenem Wohnraum.

Auch die Wirtschafts- und Finanzkrise wird wohl nicht zur Entspannung auf dem berliner Wohnungsmarkt beitragen. Im Gegenteil: schon heute werden Immobilien im Vergleich zu Aktien

als krisenfeste und profitträchtige Kapitalanlage angesehen, und dieser Trend dürfte sich noch verstärken. Die großen Konzerne, die auf den Immobilienmarkt drängen, haben alle ähnliche Zielvorstellungen: 15-20% Profit pro Jahr sollen durch Vermietung erwirtschaftet werden.

Hinzu kommt, dass infolge der Wirtschaftskrise die Ausgaben der öffentlichen Hand ungeheuer wachsen. Zur selben Zeit brechen die Steuereinnahmen ein. Berlin erwartet Rekordlöcher im Haushalt. Damit wächst der Druck, die verbleibenden städtischen Wohnungsbaugesellschaften weiter auf Profit und Kommerz zu trimmen – oder gleich komplett zu privatisieren, um Haushaltslöcher kurzfristig stopfen zu können. Gleichzeitig werden die Konzerne die gute Gelegenheit nicht ungenutzt lassen, mal wieder die Löhne zu senken – während gleichzeitig die Mieten steigen. **Auch hier sind es also wieder auf allen Ebenen die Menschen mit geringen Einkommen, die für die Folgen der Krise zahlen sollen.**





Verdrängung aus den Innenstadt-Bezirken

Besonders betroffen von hohen und steigenden Mieten sind so gut wie alle Altbau-Quartiere in der Innenstadt. In den meisten Gebieten von **Prenzlauer Berg** und **Mitte** ist diese Entwicklung bereits weit fortgeschritten – wer heute etwa in die Gegend rund um den Kollwitzplatz ziehen möchte, muß sich auf Kaltmieten von durchschnittlich bereits über 9 Euro pro Monat und Quadratmeter einstellen. Wer von uns kann sich das leisten?

In **Friedrichshain** und **Kreuzberg** ist die Entwicklung dramatisch. Hier, wo traditionell Menschen mit geringen Einkommen eine Wohnung finden konnten, sind die Mieten in den letzten Jahren in die Höhe geschossen. Das führt dazu, dass in Friedrichshain-Kreuzberg schon heute die Belastung durch Miete, gemessen am Einkommen der Bewohner_innen, am höchsten in ganz Berlin ist. Besonders betroffen sind in Kreuzberg hierbei etwa Menschen mit Migrati-

onshintergrund, in Friedrichshain etwa alleinerziehende Mütter mit kleinen Kindern. Und schon heute sind die Mieten so hoch, dass eine massive Verdrängung stattfindet. So ist etwa das Durchschnittseinkommen der Menschen rund um die Reichenberger Straße in Kreuzberg 36 von 2005 bis 2008, also in nur drei Jahren, um 30 Prozent gestiegen. Und dies bedeutet natürlich keineswegs, dass die Menschen hier jetzt plötzlich viel mehr Geld verdienen, sondern dass Menschen mit geringen Einkommen massenhaft den Kiez verlassen und freier werdende Wohnungen nur noch an Menschen vermietet werden, die ein höheres Einkommen haben.

Aber auch alle anderen Innenstadt-Bezirke, in denen bislang die Mieten noch recht günstig waren, sind aktuell betroffen. Zuletzt ist beispielsweise **Nordneukölln** (sogenanntes Kreuzkölln) in die Schlagzeilen geraten. Auch hier steigen die Mieten, viele Menschen müssen den Kiez verlassen. Das gleiche gilt für die Altbauwohnungen in **Treptow**. →

Gentrifizierung

Die Entwicklung, die in Kreuzberg, Friedrichshain, Treptow und Nord-Neukölln gerade geschieht, wird oft als „Gentrifizierung“ beschrieben. Mit dem Begriff „Gentrifizierung“ (von „Gentry“, engl. für Land-Adel) wird eine stufenweise Veränderung von Stadtteilen beschrieben, bei der die Bevölkerung mit geringen Einkommen verdrängt wird.

In der Regel beginnt Gentrifizierung mit dem Zuzug sogenannter „Pioniere“ in ein Viertel. Dies sind Menschen mit wenig Einkommen und hohem „kreativem Potential“: Künstler_innen und Student_innen etwa. Durch das Leben und die Tätigkeit dieser Menschen im Viertel kommt es zu einer schnellen „Aufwertung“: Bars und Galerien entstehen, das Nachtleben floriert, ein Bezirk, der kürzlich noch eher verschlafenes Wohngebiet war, wird nun erst Geheimtip, dann sogenannter „Szene“-Bezirk. Nun wird der Bezirk auch zunehmend für Menschen mit höheren Einkommen interessant. Die Mieten beginnen zu steigen. Und waren am Beginn des Prozesses vor allem leerstehende Flächen für die kreativen Tätigkeiten, für (Sub)Kultur und Konsum interessant, so beginnt nun die Verdrängung von etablierten Geschäften: wo sich seit Jahrzehnten der türkische Bäcker befand, macht ein Feinkostladen auf, aus der ehemaligen Änderungsschneiderei wird ein Weingeschäft, die Bierkneipe an der Ecke wird Cocktail-Bar.

Gentrifizierung bedeutet dabei nicht nur steigende Mieten und die Verdrängung von Menschen mit geringen Einkommen, sondern auch eine grundlegende Veränderung der Viertel. Menschen mit hohen Einkommen bestimmen immer mehr, was im Viertel passiert. Die Überwachung steigt, Polizeieinsätze gegen sogenannte „Randgruppen“ der Gesellschaft nehmen zu, öffentlicher Raum verschwindet. Menschen mit geringen Einkommen sind in diesen Vierteln nicht mehr erwünscht – nicht als Mieter_innen der Wohnungen, aber auch nicht auf den Straßen und Plätzen. Ein typisches Beispiel für diese Entwicklung ist Kreuzberg.

Gentrifizierung ist eine Entwicklung, die oft bewußt politisch gefördert wird. Beispiel hierfür sind etwa das sogenannte Stadtentwicklungsprogramm „Stadtumbau West“, aber auch „MediaSpree“. Auch auf dem Tempelhofer Feld werden derzeit mehrere Vorschläge für „innovatives Wohnen“ debattiert. Die wenig kreativen Vorschläge werden allesamt nur für Menschen mit hohem Einkommen erschwinglich sein. Das neu entstehende „Columbiaquartier“ wird gleichzeitig zur Folge haben, dass besonders in Neukölln die Mieten in die Höhe schnellen. Verschiedene Initiativen haben den Senat bereits bei der Ausschreibung für das Tempelhofer Feld auf die soziale Dimension ihrer Planungen aufmerksam gemacht – und wurden ignoriert.

PRIVATISIERUNG UND IHRE FOLGEN – DAS BEISPIEL GSW

Ein gutes Beispiel für die herrschende Wohnungspolitik ist die Wohnungsgesellschaft GSW mit über 65.000 Wohnungen, die im Jahre 2004 auf einen Schlag u.a. an die Fondsgesellschaft Whitehall (zugehörig zu Goldman Sachs) und den Finanzinvestor Cerberus verkauft wurde. Die neuen Eigentümer der GSW haben klare Vorstellungen: 15 Prozent Profit sollen durch die Vermietung mindestens rausspringen. Das heißt, dass nach Abzug aller Kosten für Verwaltung, Instandhaltung, Modernisierung usw. noch einige hundert Millionen Euro jedes Jahr bei den Besitzern landen. Entsprechend haben schon tausende von GSW-Mieter_innen in den letzten Jahren Mieterhöhungen von bis zu 20 Prozent in ihren Briefkästen gefunden – oder müssen damit rechnen, demnächst mit einer solchen Mieterhöhung konfrontiert zu werden.

Eine Übersicht über die Wohnungsangebote der GSW Mitte Mai 2009 zeigt, dass von hunderten angebotenen Wohnungen jeweils genau eine Wohnung in Friedrichshain und Kreuzberg dabei ist, die für allein lebende Menschen in Frage kommt, die von Hartz IV betroffen sind (maximal 378 Euro Warmmiete). Dabei handelt es sich jeweils um eine unsanierte Altbauwohnung mit Kohleheizung. In ganz Berlin sind allgemein bei der GSW nur sehr wenige Neuvermietungen für Hartz IV-Betroffene erschwinglich – die seltenen Angebote mit vergleichsweise geringen Mieten sind fast immer in Neubauten der Nachkriegszeit (Plattenbauten) und wenigen maroden Altbauten zu finden. Sanierte Altbauten im Innenstadtbereich für Menschen mit geringen Einkommen bietet die GSW nicht an.



NEUES VON DER KAMPAGNE GEGEN ZWANGSUMZÜGE

Der Wohnungsmarkt in Berlin gilt als „entspannt“ dank einer rot-roten Regierung, die angeblich versucht, aus den schlimmen Gesetzen der Bundesrepublik das Beste zu machen, nach dem Motto „Mit uns wird nicht alles schlechter“. Die Kampagne gegen Zwangsumzüge, die nun schon seit über 2 Jahren ein Notruftelefon betreibt, hat da so ihre eigenen Erfahrungen. Das Drama spielt sich hinter den eigenen 4 Wänden ab, es wird weggeschlossen, verbannt und verschwiegen. Jeder soll sich schuldig fühlen und in Scham versteinern. Wer immer noch nicht weiß, worum es hier geht, es geht um Wohnen mit Hartz IV und den alltäglichen Wahnsinn der Repressionen in dieser Gesellschaft.

Spätestens wenn du die Aufforderung bekommst, „die Kosten der Unterkunft zu senken“, bist du dort angekommen, wo du aussortiert wirst – man beraubt dich jetzt auch noch deiner Wohnung. Dir steht keine Wohnung mehr zu, sondern nur noch eine Unterkunft, ein Dach überm Kopf und Schluss ist. Jugendliche bis 25 Jahre haben keinen Anspruch auf eine eigene Wohnung; die

Fläche pro Person, die einem Menschen in einer Wohnung mit mehreren Personen zugestanden wird, sinkt immer weiter.

Am Notruftelefon rufen regelmäßig Leute an, die etwas ungläubig sinngemäß fragen „Ach was, ich kann die Kosten der Unterkunft, also gemeint ist ja wohl meine Miete, Strom und Gas, ja kann ich die jetzt selber festlegen? Gern senke ich die doch, gibt es da eine Untergrenze? Ach, sag mal, ist jetzt der Stromkonzern, die Gasag und mein Hauseigentümer enteignet? Weiß meine Hausverwaltung das eigentlich schon?“ Was lustig daher kommt, ist im Kern aber tiefer Zynismus. Nicht nur, dass dir deine Lohnarbeit genommen wurde, irgend jemand auf der Welt verkauft seine Arbeitskraft preiswerter als du. Stop, nicht sie oder er ist schuld, sondern es sind die kapitalistischen Verhältnisse, die dazu führen, dass einige immer reicher und viele immer ärmer werden – und du musst dich ständig schämen, weil fast jeder so tut, als ob du dich nur nicht genug angestrengt hättest, wieder in bezahlte Arbeit zu kommen. Und dann ist auch noch deine Woh-



nung in Gefahr, deine Miete ist zu teuer: **Du bist dem Staat zu teuer!** Dein letzter persönlicher Rückzug wird dir verwehrt. Und sie sagen es dir nicht einmal ins Gesicht, nein sie fordern dich auf, die Kosten zu senken. Und auch das kriegst du wieder nicht hin. Denn der Wohnungsmarkt gilt als entspannt, darum kommen die Investoren und internationalen Fonds und haben längst gewittert, dass man hier noch viel mehr Miete einnehmen kann. Und darum bekommst du keine Wohnung mehr, die das Jobcenter bezahlen würde. Selbst deine Wohnung wäre teurer, wenn du sie neu anmieten würdest.

Bei einem Drittel der Betroffenen liegt die Differenz zwischen der Miete, die das Jobcenter übernimmt und ihrer Miete, die sie für ihre Wohnung zahlen müssen, unter 100,- Euro. Angesichts der steigenden Mieten ist der Umzug nur um den Preis einer drastischen Wohnungsverschlechterung möglich, einer Verdrängung aus dem Stadtzentrum an den Rand der Stadt. Denn die Hauseigentümer_innen haben sich darauf eingestellt, die Mieten liegen über den Grenzen für Hartz IV-Empfänger_innen. Der Wohnungsmarkt in Berlin hat bereits komplett Hartz IV freie Zonen. Ein Umzug würde in der Regel den Abschied von vielen sozialen und nachbarschaftlichen Kontakten bedeuten. Darum findet man einfach keine Wohnung.

Was dann? Das Jobcenter zahlt einfach nur noch die Miete, die ihre Vorschriften zulassen. Dir bleibt die Wahl, Miete zahlen und woanders sparen oder Mietschulden und Rauswurf. Ein Viertel der betroffenen Mieter_innen sparen am Essen, um ihre Wohnung zu behalten. Ja, ihr habt richtig gelesen, in diesem reichen Deutschland wohnt vielleicht auch in deinem Haus jemand, der hungert oder auf Suppenküchen und den billigsten Lidl-Fraß angewiesen ist. Diesen Zustand einer neuen Qualität von Armut halten wir für

unerträglich, menschenunwürdig und sicherlich nebenbei auch noch grundgesetzwidrig.

Das System, das man Kapitalismus nennt, funktioniert überall und immer nach den selben Prinzipien, aussortieren, wegschließen, abhängen, isolieren, verhungern lassen an Körper und Seele. Aber Häuser stehen leer, damit der Preis für eine Wohnung hochgetrieben werden kann. Und nun gibt es ein Zeichen, das steht in dem Papier, das dir das Jobcenter schickt: Senken Sie die Kosten ihrer Unterkunft! Aber gern doch – interessiert mich noch wirklich, ob mein Hauseigentümer das auch weiß? **Nein**, natürlich nicht! **Die Häuser denen, die drin wohnen, keine Zwangsräumung in Berlin und nirgendwo.**

Kampagne gegen Zwangsumzüge, Juni 2009

www.gegen-zwangsumzuege.de

Notruftelefon Di & Do 10-13 Uhr: 0800/2727278

STAATLICHE MASSNAHMEN UND GESETZE – ZUM SCHUTZ DER MIETER_INNEN?

Wir können die herrschende Gesetzgebung so zusammenfassen: extreme und kurzfristige Härten für Mieter_innen sollen vermieden werden, damit kein Unmut aufkommt. Mittel- und langfristige sind alle geltenden Gesetze aber Gesetze, die in erster Linie die Profite der Immobilien-Besitzer_innen sichern sollen. Die wichtigsten Regeln sollen hier kurz geschildert werden.

Privates Eigentum an Boden und Gebäuden zur Profiterzielung

Das ist die oberste Regel von allen: Mietshäuser sind im Regelfall privates Eigentum wie jedes andere Eigentum auch. Wer dieses Eigentum besitzt, darf damit Profit erzielen. Sprich: Jemand kauft sich ein Haus, und nach Abzug aller Kosten für Verwaltung, Hausmeister_in, Instandhaltung usw. bleibt noch Profit für den/die Besitzer_in übrig. Die Mieter_innen hat es nicht zu interessieren, wie hoch der Profit ist, den sie mit ihrer Miete finanzieren. Wenn Mietshäuser von einer Besitzer_in an einen anderen verkauft werden, geht das die Mieter ebenfalls nichts an. Und eine Besitzer_in darf auch ein Haus mal ein paar Jahre leer stehen lassen, und dann leer verkaufen. Ein leeres Haus ist meistens deutlich mehr

wert als ein bewohntes Haus, denn dort können durch Neuvermietung höhere Mieten verlangt werden.

Der Mietspiegel: ein untaugliches Instrument gegen Mietsteigerungen

In Berlin gibt es den sogenannten „Mietspiegel“. Einmal jährlich wird ermittelt, wie hoch die Mieten in einem bestimmten Gebiet sind, je nach Ausstattung der Wohnung. Die Hausbesitzer dürfen nun die Mieten nicht höher als 15 Prozent über dem Mietspiegel ansetzen. Aber in Fällen flächendeckender Mietsteigerungen, wie sie im Moment etwa in großen Teilen der Berliner Innenstadt passieren, hilft dieses Instrument den Mieter_innen fast nichts: jedes Jahr ist die Durchschnittsmiete höher, die Besitzer_innen können deshalb mehr Miete verlangen, die Durchschnittsmiete steigt weiter, die einzelnen Mieten auch. Übrigens: der Mietspiegel gilt nicht für Neuvermietungen, hier darf der Hausbesitzer die Miete so hoch ansetzen wie er möchte, und das trägt natürlich nochmals dazu bei, daß die durchschnittliche Miethöhe in die Höhe schnell.



Die 20%-Regel bei Mietsteigerungen

Hausbesitzer_innen dürfen die Mieten innerhalb von drei Jahren höchstens um 20 Prozent steigern. Aber was hilft das uns? Unsere Einkommen bleiben bestenfalls gleich, sinken oft – und die Miete steigt 20 Prozent in drei Jahren, 40 Prozent in sechs Jahren, usw. Also ist auch das kein wirksames Mittel gegen steigende Mieten.

Milieuschutz- und Sanierungs- Gebiete

Durch den sogenannten „Milieuschutz“ zur „Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung“ werden in bestimmten Gebieten (z.B. Kreuzberg 36) einzelne Vorhaben wie Abriss oder Modernisierung genehmigungspflichtig. Der Bezirk könnte theoretisch Auflagen erteilen oder Genehmigungen verweigern. Etliche Ausnahmeregelungen und die Tatsache, dass die entsprechenden Bezirk von Luxussanierungen innerhalb der Wohnungen oft nichts mitbekommen, führen dazu, dass der Milieuschutz selten angewendet wird. Außerdem steigen die Mieten derzeit auch ohne Luxussanierung enorm – Kreuzberg 36 ist ihr hier das beste Beispiel.

Ähnliches gilt für sogenannten „Sanierungsgebiete“. Sanierungen sollen hier u.a. mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden, um die Mieten gering zu halten. Das das nicht funktioniert, zeigt etwa das Gebiet rund um den Kollwitzplatz in Prenzlauer Berg, das viele Jahre lang Sanierungsgebiet war. Gerade bei Neuvermietungen haben hier die Mieten mittlerweile astronomische Höhen erreicht.

Öffentlich geförderter Wohnungsbau, städtische Wohnungsgesellschaften

Um auf dem Wohnungsmarkt wirksam eingreifen zu können, gibt es städtische Wohnungsbau-gesellschaften, bei denen vor allem Menschen mit geringen Einkommen – bei entsprechendem Nachweis – Wohnraum finden sollen. Auch dieses Instrument der Wohnungspolitik ist mittlerweile reichlich stumpf: Zum einen gibt es nach diversen Privatisierungswellen kaum noch städtische Wohnungen, zum anderen sollen die städtischen Wohnungen nun selbst Profit erwirtschaften, so die Vorgabe aus dem SPD/Linke-Senat. Nicht zufällig steigen die Mieten in den städtischen Wohnungen derzeit noch schneller als die Mieten auf dem privaten Wohnungsmarkt.

Zusammenfassend bleibt uns nur zu sagen: Es gibt im Moment keinerlei rechtliche Möglichkeiten, weitere massive, flächendeckende Mietsteigerungen in Berlin zugunsten der Profite der Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer zu verhindern.

Sollten jedoch die verantwortlichen Politiker_innen begreifen, dass der Wohnungsmarkt in Berlin keinesfalls „entspannt“ ist, wäre auch unter den herrschenden Gesetzen rechtlich einiges möglich.

MENSCHEN MIT MIGRATIONS-HINTERGRUND UND DIE WOHNUNGSFRAGE

Alle Menschen mit geringen Einkommen sind von den steigenden Mieten in der Innenstadt von Berlin akut bedroht. Doch es gibt Gruppen von Menschen, für die die Situation noch dramatischer ist. Dies betrifft etwa Menschen mit Migrationshintergrund: Menschen, die seit Jahren oder Jahrzehnten in Berlin leben, oft hier geboren sind, teilweise einen deutschen Pass besitzen.

Eine neue Studie in Berlin hat kürzlich erst gezeigt, dass viele Hausbesitzer_innen bei der Wohnungsvergabe rassistisch handeln. Menschen, deren Eltern etwa in den 60er Jahren aus der Türkei nach Deutschland eingewandert sind, deren Herkunft aber am Nachnamen erkennbar ist, werden gegenüber Menschen mit Namen wie Müller oder Meier benachteiligt. In der Studie wurden identische Bewerbungen auf Wohnungsangebote an die Vermieter geschickt – ein-

mal mit einem türkischen Namen als Absender, einmal mit einem klassisch „deutschen“ Namen. Und siehe da: Obwohl das Anschreiben bis auf den Namen identisch war, wurde die „türkische“ Bewerberin viel seltener zu Besichtigungsterminen eingeladen.

„Ich kann mir das beim besten Willen nicht vorstellen“, sagt Dieter Blümmel, Sprecher der „Eigentümerschutz-Gemeinschaft Haus & Grund“ (taz 5.12.08). Wir können aber getrost davon ausgehen, dass das, was in dieser Studie exemplarisch gezeigt wurde, eine weitverbreitete Realität in Berlin – und nicht nur hier – ist. So ist etwa auch von der privaten Wohnungsbaugesellschaft GSW bekannt, dass Vorbehalte gegenüber der Vermietung von Wohnungen und Gewerberäumen an Menschen mit türkischem Migrationshintergrund bestehen.



WAS MEINEN EIGENTLICH DIE PARTEIEN SPD, DIE LINKE, CDU, FDP, GRÜNE?

Die Position der Parteien CDU und FDP zu diesem Thema

...können wir sehr schnell abhandeln: So sei halt die kapitalistische Marktwirtschaft, wer ein Problem mit den steigenden Mieten hat, sei selbst schuld, die Freiheit der Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer werde sogar durch die geltenden Gesetze viel zu sehr eingeschränkt, am besten würde jede Regulierung abgeschafft und nur noch der reine kapitalistische Markt gelten. Menschen mit geringen Einkommen werden aus der Innenstadt verdrängt? Na und?

Die Position der SPD

...ist der von CDU und FDP recht ähnlich. Formal wird hier zwar öfter noch von sozialer Gerechtigkeit geredet, doch hiervon ist in der Praxis dieser Partei, egal ob in Berlin oder sonstwo, schon lange nichts mehr zu merken. Für Menschen, die sich etwa in Kreuzberg keine Wohnung mehr leisten können, könnte es immer noch eine bezahlbare Kellerwohnung in Moabit oder Marzahn geben – so argumentiert zumindest die berliner SPD-Senatorin für Stadtentwicklung, Junge-Reyer.

Die Grünen

...haben uns gemeinsam mit der SPD Hartz IV eingebrockt und sind schon längst eine Partei, die vor allem die Interessen von wohlhabenden Menschen vertritt. Solange die Grünen in Berlin in der Opposition sind, reden sie manchmal noch von steigenden Mieten und sozialer Gerechtigkeit – am ersten Tag einer berliner Regierung mit grüner Beteiligung dürfte damit endgültig Schluss sein. Der grüne Bürgermeister Fhain-Kreuzbergs Franz Schulz war beispielsweise lange Zeit Beirat des Lobby-Vereins „Mediaspree e. V.“ - u.a. die Anschutz/ O2-Halle geht auf seine Kappe.

Die Linke

...regiert seit 2005 zusammen mit der SPD in Berlin – die Bilanz dieser Jahre ist fatal. Die Einkommen sind gesunken, die Armut gewachsen, die Mieten gestiegen, massive Verdrängungsprozesse haben stattgefunden. Die „Linke“ möchte ja eigentlich als die Partei angesehen werden, der soziale Gerechtigkeit wichtig ist. Dass unter ihrer Mitregierung sich die Lebensbedingungen in Berlin für Menschen mit geringen Einkommen deutlich verschlechtert haben, passt da nicht ins Bild. Deshalb schweigt die „Linke“ vornehm, wenn es um die steigenden Mieten geht.

Über die Nazis von NPD und Co. wollen wir hier nicht viele Worte verlieren. Nazis angreifen – auf der Straße und in den Parlamenten!

WIDERSTAND

GENEN STEIGENDE MIETEN, VERDRÄNGUNG UND STADTUMSTRUKTURIERUNG

DIE WOHNUNGSFRAGE IM KAPITALISMUS

Die Entwicklung der Mieten ist nicht unabhängig von der Entwicklung der Einkommen zu betrachten. Es gibt weiterhin Menschen, die über gute oder sehr gute Einkommen verfügen. Auch diese müssen tiefer in die Tasche greifen – aber es bleibt noch genug für ein gutes Leben.

Hoch problematisch ist die Situation für diejenigen, die geringe und sehr geringe Einkommen haben, sei es aus schlecht bezahlter Arbeit, niedrigen Renten oder Hartz IV. Die Zahl dieser Menschen steigt in Berlin seit einigen Jahren stark an. Die Verbindung der zunehmenden Armut in Berlin zusammen mit den drastisch steigenden Mieten in der Innenstadt schafft eine dramatische Situation.

Ein paar Zahlen: Die gesellschaftliche Ungleichheit in Deutschland hat in den letzten Jahren rasant zugenommen. Derzeit stehen 10 Prozent

einer reichen Oberschicht, die über 60 Prozent des in Deutschland vorhandenen Vermögens besitzen, 30 Prozent der Bevölkerung entgegen, die über keinerlei Vermögen verfügen, oder sogar nur „negatives Vermögen“, also Schulden, haben. Hier spiegelt sich die Klassenstruktur unserer kapitalistischen Gesellschaft. Die Aldi-Brüder, Eigentümer der Discounter-Kette, verfügen zusammen über ein Vermögen von etwa 35 Milliarden (35.000.000.000) Euro, während die Kassiererin an der Aldi-Kasse nur ein paar Euro die Stunde verdient. Oder, andersherum gesagt: Weil die Angestellten bei Aldi so beschissen verdienen, haben die Aldi-Besitzer in nur wenigen Jahren ein solch gigantisches Vermögen angehäuft. Gemessen am Verkaufspreis der Wohnungsgesellschaft GSW, könnten sich die ALDI-Brüder mit ihrem Vermögen mal eben ungefähr 1.150.000 Wohnungen in Berlin kaufen!



Solange diese Verhältnisse so sind, wie sie eben sind, können sich viele Menschen eine angemessene Wohnung nicht leisten, selbst wenn hier keine Hausbesitzer_in Profite erzielen möchte. Für Menschen mit geringem Einkommen muss es Wohnungen in der Innenstadt geben, die vom Staat subventioniert werden, etwa indem der Staat selbst Wohnungen bauen lässt und diese an Menschen mit geringem Einkommen günstig vermietet.

Aber dies kann nur eine Zwischenlösung sein. Zum einen kann der Staat solche Angebote jederzeit zurückziehen, wie dies etwa im Moment geschieht, durch Privatisierung und Kommerzialisierung der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften. Zum anderen nutzt der Staat die Abhängigkeit vieler Menschen gnadenlos aus – für Kontrolle, Schikanierung, erzwungenes Wohlverhalten. Eine angemessene Lösung der Woh-

nungsfrage ist unter den heutigen Bedingungen nicht möglich, sondern nur in einer Gesellschaft, in der die Einkommen der Menschen einigermaßen gleich verteilt sind. Dies wiederum entspricht nicht dem Kapitalismus, der Konkurrenz und Ungleichheit zum Prinzip erhebt. Deswegen heißt auch die einzige richtige Forderung, um die Utopie von menschenwürdigem Wohnen für alle und überall langfristig durchzusetzen: Kapitalismus abschaffen!

Wir wollen heute und hier kämpfen, für die Verwirklichung des Rechts auf Wohnen für alle. Wir sollten aber nie vergessen, dass dieser Kampf begrenzt bleibt, solange wir nicht das kapitalistische System insgesamt in Frage stellen.

ANZEICHEN FÜR MIETERHÖHUNGEN FRÜHZEITIG ERKENNEN

Als erstes gilt, mit offenen Augen und Ohren durch die Gegend zu laufen. Wenn um die Ecke plötzlich ein Haus leersteht, weil sich die Leute die Miete nicht mehr leisten konnten und nun der Besitzer eine aufwendige Luxussanierung plant oder breits durchführen lässt, können wir davon ausgehen, dass auch wir bald betroffen sind. Allgemein sollten wir bei allen Veränderungen unserer Umgebung aufmerksam sein.

Besonders Aktivitäten, die darauf abzielen, mehr Ordnung und Sauberkeit zu erzielen sowie der Zuzug kreativer „Pioniere“ sind oftmals Vorläufer von drastischen Mieterhöhungen. Früh sichtbar ist häufig die Veränderung im Gewerbebereich.

Wir stecken dann in einem Dilemma: Wer will nicht, dass der Spielplatz vom Müll befreit wird oder ein paar neue Bäume gepflanzt werden? Wer hat schon etwas gegen ein paar Künstler_innen, die den Kiez bunter machen? Dennoch sollte bei derartigen Entwicklungen genau hingeschaut werden, ob es verstärkte Aktivitäten auf dem Immobilienmarkt gibt, denn dessen Profitlogik brauchen wir nicht! Hausbesitzer_innen sehen dann: Oh, es gibt kaufkräftige Leute im Kiez, nebenan wird modernisiert, und eine Ecke weiter neu gebaut – da scheint ja mehr rausholbar zu sein aus dem Kiez.

Schließlich gibt es auch Vorzeichen für Mieterhöhungen, die uns direkt betreffen. So kann

es vorkommen, dass der/die Hausbesitzer_in plötzlich anfängt, sich stärker für das Gebäude zu interessieren. Sie schickt den/die Hausmeister_in öfter rum, erfindet neue Regeln, will sich dann vielleicht auch mal die Wohnung anschauen. Dies bedeutet oft, dass der/die Hausbesitzer_in das Haus demnächst verkaufen möchte und dabei einen möglichst hohen Preis erzielen will. Menschen, die hier schon wohnen und eine geringe Mieten zahlen, sind bei einem solchen Verlauf sogenannte Negativfaktoren, so dass der/ die Hausbesitzer_in nun anfangen könnte, die Mietparteien zu schikanieren, um sie zum Auszug zu zwingen. Beschwerden werden erfunden, Mieterhöhungen werden angedroht, Untermietverträge angezweifelt, usw. – hier gilt es rechtzeitig mit anderen Mieter_innen des Hauses zu reden, über gemeinsame Gegenstrategien zu reden und sich beraten zu lassen (siehe auch die folgenden Kapitel).

Auch sollte klar sein, dass jeder Weiterverkauf des Hauses ein Warnzeichen für steigende Mieten ist. Ob nun der Staat eine Wohnungsbaugesellschaft privatisiert oder unser alter westdeutscher Immobilienmakler uns einen Brief zukommen lässt, dass nächste Woche kaufinteressierte Investor_innen unsere Wohnungen besichtigen wollen – hier bahnt sich Ungemach an. Es ist gerade diese Phase, wo sich rechtlich, aber auch politisch noch viel verhindern und erreichen lässt. Lasst uns also acht geben!

BERATUNG UND RECHTSWEG

Wie wir weiter oben (Seite 14) gezeigt haben, sind die geltenden Miet-Gesetze vor allem Gesetze, die den Profit der Hausbesitzer_innen sichern sollen. Doch es gibt durchaus auch einige gesetzliche Schutzfunktionen für uns als Mieter_innen. Viele Hausbesitzer_innen sind ganz schön dreist, und gehen davon aus, dass sie sich um geltende Gesetze nicht besonders zu kümmern brauchen, weil wir als Mieter_innen nicht wagen werden, uns gegen Mieterhöhungen und sonstige Schikanen zu wehren.

Deswegen: wer von Mieterhöhung, Kündigung, Modernisierung, Schikanen, Mängeln an der Wohnung usw. betroffen ist, sollte sich immer als erstes informieren, was rechtlich möglich ist! In sehr vielen Fällen ist da was möglich – wie gesagt, viele Hausbesitzer_innen versuchen einfach mal, was sie den Mieterinnen und Mietern so zumuten können, auch wenn das illegal ist. Der erste Weg wird für uns deshalb in der Regel zu einer guten Rechtsberatung führen.

Für Menschen mit Hartz IV oder geringen Einkommen veranstaltet die Berliner Mietergemeinschaft wöchentlich kostenlose Informationsabende. Hier gibt es auch Unterstützung für das Ausfüllen der diversen Anträge bei Behörden. Mehr Infos finden sich unter <http://www.bmgev.de/beratung/sozialberatung.html>.

Für alle Mieter_innen, die es sich irgendwie leisten können, ist sich auf jeden Fall eine Mitgliedschaft in einer Mietervereinigung ratsam. Hier empfehlen sich vor allem die Berliner Mietergemeinschaft (<http://www.bmgev.de>) und der Berliner Mieterverein (<http://www.berliner-mieterverein.de>). Wir, die Verfasser_innen dieser Broschüre, würden die Mietergemeinschaft empfehlen, aber am besten guckt ihr selbst mal, was Euch eher anspricht. Bei der Mietergemeinschaft kostet die Mitgliedschaft etwa 60 Euro im Jahr, also 5 Euro im Monat. Das sind Ausgaben, die sich ziemlich sicher lohnen werden!

Mit der Mitgliedschaft bei einer Mietervereinigung erhaltet ihr hier nicht nur kostenlose und umfassende Beratung bei Auseinandersetzung mit der Hausbesitzer_in, sondern auch Rechtsschutz, wenn sich die Auseinandersetzung vor Gericht fortsetzt. Dieser Rechtsschutz gilt aber nur für Menschen, die schon Mitglied der Mietervereinigung sind, wenn das Problem aufkommt.

Wenn mehrere Mieter_innen in einem Mietshaus von Mieterhöhung oder sonstigen Schikanen betroffen sind und ihr Euch als Hausgemeinschaft organisiert, erhaltet ihr bei der Mietergemeinschaft Unterstützung, auch wenn nur eine der betroffenen Mieter_innen dort Mitglied ist.

Wer sich erst einmal selbst informieren möchte, findet auf der Homepage der Berliner Mietergemeinschaft eine Menge Informationen – etwa unter „Mietrecht – Tipps von A bis Z“ (<http://www.bmgev.de/mietrecht/tipps>).

In verschiedenen Bezirken gibt es auch kleine, unabhängige Mieter_innen-Organisationen, die oft mit den größeren Mieter_innen-Vereinigungen kooperieren. Hier gibt es meist auch kostenlose Beratungsmöglichkeiten. Beispiele hierfür sind etwa der Mieterladen Ubi-Kliz in der Kreuzziger Straße in Friedrichshain (<http://www.ubi-mieterladen.de>) und der Mieterladen Chamissoplatz in Kreuzberg (<http://www.mieterladen.chamissokiez.de>).

DRUCK AUF UNSERE HAUSEIGENTÜMER / DIE HAUSEIGENTÜMERIN AUFBAUEN

Wir haben es bereits erwähnt: es ist wichtig, zu versuchen, gegen Mieterhöhungen und sonstige Schikanen juristisch vorzugehen, im Allgemeinen ist jedoch das Gesetz ganz eindeutig auf der Seite unserer Hausbesitzer_in. Und wenn diese nicht ganz blöd ist, wird sie es schaffen, uns eine juristisch einwandfreie Mieterhöhung zukommen zu lassen. Was können wir dann noch tun?

Wir denken, dass dann der eigentliche Kampf erst anfängt. Denn unser Recht auf gute und billige Wohnungen für alle und überall ist in erster Linie eine politische Angelegenheit, und keine Angelegenheit der Gerichte. Und wer nicht versucht zu kämpfen – hat schon verloren!

Zwei Dinge stehen unserer Ansicht nach am Beginn jeden Protestes gegen Mieterhöhungen und Vermieter-Schikanen: **Wir müssen mit allen reden, die auch betroffen sind, wir müssen uns zusammenschließen. Und wir müssen das, was uns gerade passiert, öffentlich machen: Damit andere uns unterstützen können, damit wir alle merken: Wir sind nicht allein, wir sind viele, die betroffen sind. Allein machen sie uns ein – gemeinsam sind wir stark!**

Zusammen kämpfen!

Spätestens dann, wenn die Mieterhöhung oder die Modernisierungsankündigung im Briefkasten liegt, sollten wir uns als Mieter_innen eines Hauses zusammenschließen. Im besten Fall kennen wir uns dann schon alle, treffen uns sowie so regelmäßig, um alle Angelegenheiten unseres Mietshauses gemeinsam zu besprechen. Wenn wir uns noch nicht so kennen, muß jemand den Anfang machen: Bei den Nachbarinnen und Nachbarn klingeln, herausfinden, wer alles betroffen ist, ein gemeinsames Treffen veranstalten, durch Aushänge alle Mieter_innen informieren – ihr habt hoffentlich eine Vorstellung davon, was wir meinen. Dann können wir gemeinsam diskutieren, wie wir vorgehen, wenn der Rechtsweg bis zum Ende gegangen ist und der Vermieter oder die Vermieterin noch nicht zur Einsicht gekommen ist. Auch bei der Durchführung von Mieter_innen-Versammlungen unterstützt uns übrigens etwa die Berliner Mietergemeinschaft.

Oft ist es auch hilfreich, deutliche Zeichen zu setzen, dass wir uns wehren wollen. Ein Transparent oder eine Fahne aus dem Fenster hängen, ein Plakat an die Wohnungstür kleben, einen Spruch auf die Hauswand im Hof malen: Dies macht nicht nur der Vermieter_in klar, dass es diesmal mit der Mieterhöhung nicht so einfach werden wird, sondern ermutigt auch die Nachbarinnen und Nachbarn, selbst aktiv zu werden.



Öffentlich kämpfen!

Damit uns ganz viele Menschen unterstützen können, ist es wichtig, dass die Menschen wissen, was gerade bei uns im Haus passiert. Um der Welt dies mitzuteilen, gibt es verschiedene Möglichkeiten. Über Aushänge an den Haustüren der Nachbarschaft oder Flugblätter in den Briefkästen werden die Menschen aus den Nachbar-Häusern informiert. Ist zufällig gerade ein Straßenfest in unserem Kiez? Das ist auch immer eine gute Möglichkeit, Informationen zu verteilen oder vielleicht sogar eine kleine Rede zu halten. Wir sollten auf jeden Fall der „Kampagne gegen steigende Mieten“ einen kurzen Brief schicken, und mit unserer Mietervereinigung Kontakt aufnehmen. Die können unseren Fall dann weiter verbreiten, per E-Mail, Webseite oder etwa auch über die monatlichen Zeitungen der Mietervereinigungen. Wenden wir uns an die Kampagne gegen Verdrängung und Stadtumstrukturierung: „Wir bleiben Alle“. Auch eine eigene Pressemitteilung können wir schreiben – das ist gar nicht so schwer, die Leute von der „Kampagne gegen steigende Mieten“ oder der Kampagne „Wir bleiben Alle“ helfen uns da sicher gern. Es gibt auch einen regelmässigen Infobrief „Berlin für Alle – Leben ohne Angst – Steigende Mieten stoppen!“. Wenn wir an bfa-mietenstop@riseup.net eine kurze Nachricht über das, was bei uns im Haus gerade passiert, schicken, wird das in den Infobrief aufgenommen und viele weitere Menschen werden informiert.

Den Gegner beim Namen nennen!

Nennen wir die Hausbesitzer_innen, diejenigen, für die unsere hohe Miete hohen Profit bedeutet, beim Namen! Oft haben wir es hier mit Menschen oder Konzernen zu tun, die nicht nur ein einzelnes Mietshaus, sondern sehr viele besitzen. Versuchen wir Kontakt mit denjenigen aufzunehmen, die mit dem gleichen miesen Hausbesitzer, der gleichen miesen Hausbesitzerin oder dem gleichen Immobilien-Konzern zu kämpfen haben! Einer der besonders miesen Berliner Hausbesitzer ist zum Beispiel ein gewisser Herr Padovicz, dem tausende Mietshäuser in Berlin gehören, und der kaum eine Gelegenheit ausläßt, die Menschen, die in den Häusern wohnen, schikanieren zu lassen, um seinen Profit zu erhöhen. Oder nehmen wir die private Immobiliengesellschaft GSW, der in Berlin über 65.000 Wohnungen gehören. Gerade wenn wir den Kampf mit diesen großen Immobilienkonzernen aufnehmen, ist es wichtig, nicht alleine zu sein!

BEZAHLBARE WOHNUNGEN FÜR ALLE UND ÜBERALL ERKÄMPFEN!

Auch wenn wir gerade (noch) nicht selbst betroffen sind: Der Kampf gegen steigende Mieten und für bezahlbare und gute Wohnungen für alle und überall geht uns alle an, und JETZT ist kein schlechter Zeitpunkt, uns an diesem Kampf zu beteiligen. **Unsere Verbündeten sind alle diejenigen, die ein gutes Leben für alle wollen, unser Gegner sind die privaten, profitorientierten Besitzer und Besitzerinnen von Häusern und Grundstücken, und natürlich die Politikerinnen und Politiker, die, mit tatkräftiger Unterstützung der Polizei, dafür sorgen, dass die privaten Profite auch weiterhin kräftig sprudeln, gezahlt von uns durch unsere überhöhten Mieten.**

Es gibt viel zu tun – hier ein paar Anregungen:

→ Solidarisieren wir uns mit allen Menschen in ihren konkreten Kämpfen gegen überhöhte Mieten und die Schikanen ihrer Hausbesitzer_innen! Auch miese Hausbesitzer_innen wohnen irgendwo, und können durch einen persönlichen Besuch vielleicht dazu gebracht werden, auf die nächste Mieterhöhung oder die nächste Schikane für die Mieterinnen in den Häusern, die ihnen „gehören“, zu verzichten! Auch Telefon, Brief, E-Mail und Fax sind natürlich geeignete Mittel, um unsere Meinung mitzuteilen!

→ Verhindern wir die weitere Privatisierung von öffentlich geförderten Wohnungen und sorgen wir dafür, dass der öffentliche Wohnungsbau das macht, was er soll: preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung stellen für die, die sich die Mieten auf dem Wohnungsmarkt nicht leisten können!

→ Zeigen wir den verantwortlichen Politiker_innen in Bezirk, Senat und Bund, was wir von ihrer

unsozialen, nur den Profiten der Eigentümer_innen verpflichteten Politik halten! Diejenigen, die hier unsere Ausgrenzung und Schikanierung verwalten, wohnen meistens in schicken Wohnungen und müssen sich keine Sorgen machen, wie sie die nächste Miete bezahlen können. Auch hier, wie bei den Eigentümer_innen der Häuser, in denen wir wohnen, sollten wir unseren Unmut deutlich machen: per Telefon, Brief, Mail, Fax, oder gerne auch mal durch einen persönlichen Besuch in ihren Büros oder auch ihrem Zuhause.

→ Sinnloser Leerstand von Häusern und Grundstücken muß nicht sein! Nehmen wir uns den Wohnraum und die Flächen die wir brauchen – unterstützen wir die praktische Enteignung der Besitzer_innen von Häusern und Grundstücken durch Besetzung!

→ Wehren wir uns gegen Luxusbauprojekte in unseren Bezirken! Machen wir solche Planungen und Projekte zum großen Verlustgeschäft für die Investor_innen! Nehmen wir uns ein Beispiel etwa am Luxus-Autoloft-Projekt in Kreuzberg 36: Statt hoher Profite drohen hier fette Verluste, statt „Luxus, Komfort und Sicherheit“ für wenige erwartet uns hier hoffentlich bald ein neues soziales Zentrum für Alle.

→ Machen wir die Öffentlichkeit auf das dramatische und aktuelle Thema steigende Mieten, Verdrängung, Stadtumstrukturierung aufmerksam! Beteiligen wir uns an der „Kampagne gegen steigende Mieten“ und der Kampagne „Wir bleiben Alle“, überlegen wir uns selbst Aktionen, werden wir aktiv, werden wir kreativ!

→ Stoppen wir die permanente Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen! Überall

dort, wo teure Eigentumswohnungen angeboten werden, sollten wir aktiv werden. Informieren wir die Nachbarinnen und Nachbarn, und zeigen wir den Immobilienunternehmen und Wohnungsmaklern, was wir davon halten, dass das, was letztes Jahr noch eine günstige Mietwohnung war, nun, luxussaniert, für 350.000 Euro zum Verkauf steht.

→ Schikanen und Mieterhöhungen können nur durchgesetzt werden, weil im Hintergrund die Polizei wartet, mit der Drohung, uns aus unseren Wohnungen zu schmeißen, wenn wir unsere Miete nicht regelmässig und in voller Höhe bezahlen. Zeigen wir also auch der Polizei, dass wir auf diese Zumutungen gerne verzichten können!

→ Stiften wir soziale Unruhe! Menschen und Konzerne, die mit Wohnraum, ob zur teuren Vermietung oder gleich zum Verkauf, Geld machen wollen, haben zum einen keine Lust auf renitente Mieter_innen, und legen zum anderen Wert darauf, dass der Kiez, wo sie investieren, ruhig, sauber und ordentlich ist. Unkontrollierte Demonstrationen, gelegentliche brennende Barrikaden auf den Straßen, wildes Plakatieren sind Dinge, die Investoren keinen Spaß machen. Und auch das eine oder andere brennende Luxusauto könnte Investoren schlaflose Nächte bereiten – denn in Gebieten, wo Menschen ihre Luxusautos nicht ohne Sorge parken können, wollen diese Menschen vielleicht auch keine luxussanierten Wohnungen kaufen.

→ Habt ihr erfolgreich Widerstand geleistet gegen die angedrohte Mieterhöhung, habt ihr eine nette Aktion gegen überflüssige Luxusneubauten mitgekriegt? Lasst die Öffentlichkeit an Eurem Wissen teilhaben, erfolgreiche Aktionen geben

uns Kraft und Mut! Zum Beispiel über Indymedia (<http://de.indymedia.org>) oder den Newsletter bfa-mietenstop@riseup.net.

Halten wir die Augen offen, schauen wir nicht weg! Überall dort, wo Menschen überhöhte Mieten zahlen müssen, wo Hartz IV-Empfänger_innen aus ihren Wohnungen geschmissen werden, wo alternative Projekte räumungsbedroht sind, wo in bestimmten Gebieten nur noch Menschen mit hohem Einkommen willkommen sind – überall dort sind wir alle angegriffen. **Leisten wir gemeinsam Widerstand, wir alle, die wir selbst von Mieterhöhung betroffen sind, ein gutes Leben für alle wollen und vom alltäglichen Wahnsinn des Konkurrenz-Kapitalismus die Schnauze voll haben!** Lassen wir uns nicht spalten – kämpfen wir mit allen angemessenen Mitteln und auf allen möglichen Wegen gegen Mieterhöhung und Verdrängung, Wohnung für Wohnung, Haus für Haus und Kiez für Kiez gegen profithungrige Hausbesitzer_innen und die Verwalter_innen des alltäglichen Elends im Senat und den Bezirksparlamenten!

ORGANISATIONEN, PROJEKTE UND INITIATIVEN IN BERLIN – EIN ÜBERBLICK

Diese Auswahl ist unvollständig. Eine ausführlichere Auflistung findet ihr u.a. auf der Webseite der Spreepirat_innen: www.kreuzberg-info.de/

pirati/links. Die Betreiber_innen der Webseite freuen sich sicher über weitere Hinweise.

Berlinweite Organisationen, Projekte und Initiativen

Berliner Mietergemeinschaft

Berlins kämpferischster Mieter_innen-Verein mit Sitz in der Möckernstraße 92 (Kreuzberg) und Zweigstellen in fast allen Bezirken.
www.bmgev.de

Berliner Mieterverein

Der zweite große Mieter_innen-Verein in Berlin
www.berliner-mieterverein.de

„Wir bleiben Alle“ – Kampagne

Kampagne zur Verteidigung aller bestehenden alternativen Projekte und „Freiräume“, zur Schaffung von neuen und gegen die hässliche Stadtumstrukturierung. Die WBA-Kampagne veranstaltet regelmässig Aktionen, Diskussionen und mehr, jeden 27. im Monat findet eine Vollversammlung statt
wba.blogspot.de

Kampagne gegen Zwangsumzüge

Unterstützung und Beratung für Menschen, die von Zwangsumzügen wegen Hartz IV bedroht sind. Notruftelefon (Di, Do 10-13 Uhr): 0800/2727278
www.gegen-zwangsumzuege.de

Kampagne „Steigende Mieten Stoppen“

Berlinweite Kampagne gegen steigende Mieten und Verdrängung, unterstützt von diversen Initiativen und Gruppen
mietenstopp.blogspot.de

Lokale Organisationen, Projekte und Initiativen

Eisfabrik-Initiative (Mitte)

Initiative zum Erhalt der historischen Eisfabrik in der Köpenicker Straße, und gegen die Vertreibung der Bewohner_innen durch Luxussanierung
www.berlin-eisfabrik.de

Karla Pappel – gegen Mieterhöhung und Verdrängung in Alt-Treptow

Der Name ist Programm
www.kungerkiez.de

Berliner Bündnis gegen Privatisierung

Aktiv gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Güter, von Wohnen, Wasser, Bildung, Kultur und mehr
www.unverkaeuftlich.org

MayDay-Bündnis

Bündnis für ein gutes Leben für alle, vor allem bekannt durch die Mayday-Parade, die seit einigen Jahren am 1. Mai durchgeführt wird
maydayberlin.blogspot.de

Hedonistische Internationale

Die Hedonistische Internationale will Freude, Lust, Genuss und ein selbst bestimmtes Leben in Freiheit für alle Menschen
www.hedonist-international.org

Weitere Gruppen

Auch verschiedene andere Gruppen in Berlin werden immer wieder in Kämpfen gegen hohe Mieten und Stadtumstrukturierung aktiv, darunter etwa Avanti (www.avanti-projekt.de), Antifaschistische Linke Berlin (www.antifa.de), Fels (www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/), Gruppe Soziale Kämpfe (www.gruppe-soziale-kaempfe.org).

Initiative Zukunft Bethanien (Kreuzberg)

Seit 2005 kämpft die IZB gegen die geplante Privatisierung des Bethanien-Hauptgebäude am Mariannenplatz und für ein kulturelles, künstlerisches, politisches und soziales Zentrum für alle
www.bethanien.info

Mieterladen Chamissoplatz (Kreuzberg)

Lokaler Mieter_innen-Laden in Kreuzberg 61
www.mieterladen.chamissokiez.de

MediaSpree versenken! (FHain, Kreuzberg, Mitte, Treptow)

Seit etwa vier Jahren organisierter Widerstand gegen kommerzielle Bauvorhaben am Spreeufer und deren Auswirkung auf die angrenzenden Bezirke.

Arbeitsgruppe „Spreeufer“

www.ms-versenken.org

Arbeitsgruppe „Spreepirat_innen“

www.kreuzberg-info.de/pirati

Projekte in Mitte und Prenzlauer Berg (PIMP)

Zusammenschluss links-alternativer Hausprojekte, Kneipen, Veranstaltungsorte und anderer spannender Orte & Gruppen aus den Bezirken Mitte und Prenzlauer Berg

pimp.so36net/projekte.html

Revaler 5Eck (FHain)

Die Entwicklungsgemeinschaft Revaler5eck e.V. ist eine gemeinschaftliche Interessensvertretung von Projekten und Anwohner_innen des alten Reichsbahnausbesserungswerks „Franz Stenzer“ (RAW)

www.revaler5eck.de

Webseiten

Abriss Berlin

Regelmässige Berichte über die Stadtumstrukturierung in Berlin und den Protest dagegen

www.abriss-berlin.de

Gentification Blog

Stadtsoziologie und Gentrifizierungsforscher Andrej Holm schreibt Nachrichten zur Stärkung von Stadtteil-Mobilisierungen und Mieter_innen-Kämpfen

gentrificationblog.wordpress.com

Indymedia

Wichtigstes Infoportal für alternative Nachrichten und Berichte, darunter viele Infos aus Berlin

de.indymedia.org

Mieterecho

Zeitung der Berliner Mieter_innen-Gemeinschaft, mit vielen interessanten Hintergrundartikeln zu Stadtumstrukturierung, Mieterhöhung, Schikanen durch Hausbesitzer_innen usw.

bmgev.de/mieterecho

Stadtteilbüro Bethanien (Kreuzberg)

Wird gerade in der NewYork im Bethanien gegründet, soll Raum für lokalpolitische und weitere Initiativen bieten und die Vernetzung und den gegenseitigen Austausch unterstützen

stadtteilbuero.blogspot.com

Tempelhof für Alle (Neukölln)

Initiative für eine alternative, nichtkommerzielle Nutzung des Flughafen-Geländes nach Ende des Flugbetriebes im Oktober 2008

tfa.blogspot.de

Ubi-Kliz (FHain)

Lokaler Mieterladen in Zusammenarbeit mit der Berliner Mietergemeinschaft in der Kreuzziger Strasse

www.ubi-mieterladen.de

36 gegen Mieterhöhung

Initiative gegen Mieterhöhung und Verdrängung in Kreuzberg 36

36-gegen-mieterhoehung.blogspot.com

Mietrecht-Tipps

Ausführliche Tipps zu Mietrecht auf der Webseite der Berliner Mieter_innen-Gemeinschaft, nach Themen geordnet, von A wie Abflussverstopfung bis Z wie Zwangsversteigerung

bmgev.de/mietrecht/tipps/index.html

Reclaim your city

Grosse Sammlung von Fotos kreativer Stadtverschönerung aus aller Welt, darunter auch viel aus Berlin, und mehr

reclaimyourcity.net

Stressfaktor

Der ultimative Überblick über alternative politische, kulturelle, sonstige Veranstaltungen in Berlin

stressfaktor.squat.net

ALTERNATIVE FREIRÄUME,

AUTONOME ZENTREN UND DIE „WIR BLEIBEN ALLE“ – KAMPAGNE

ALTERNATIVE FREIRÄUME IN BERLIN

Sie nennen sich Wagenplatz Schwarzer Kanal, autonomes Hausprojekt Köpi oder soziales Zentrum Kubiz. So unterschiedlich die Bezeichnungen sind, so unterschiedlich sind auch die Projekte. Doch es gibt einige Punkte, die für alle diese Projekte gelten – nennen wir sie einfach „Freiräume“.

Freiräume...

→ ...bieten Raum für ganz verschiedene politische und soziale, kulturelle und künstlerische Aktivitäten. Oft werden die Räume für Benefizveranstaltungen (Soli-Parties) zur Verfügung gestellt. Erlöse gehen dann in politische und soziale Initiativen.

→ ...sind nicht gewinnorientiert. Profit soll nicht erwirtschaftet werden. Sie beruhen im wesentlichen auf ehrenamtlicher Arbeit. Ganz viele verschiedene Menschen sind hier ohne Lohn aktiv, um das gemeinsame Projekt am Laufen zu hal-

ten. Natürlich brauchen auch Freiräume Geld, es wird aber versucht, das Geld gemeinsam aufzubringen: Diejenigen, die mehr zahlen können, zahlen mehr, die anderen entsprechend weniger oder nichts. Die Finanzierung läuft komplett oder hauptsächlich nicht durch Staatsknete, sondern über kreative Wege zwischen Kuchenverkauf und Spendenkampagne.

→ ...arbeiten auf der Grundlage basisdemokratischer Selbstorganisation. Alle Menschen, die im jeweiligen Projekt aktiv sind, treffen gemeinsam alle wichtigen Entscheidungen. Niemand hat mehr Macht als die andere Person, alle sind gleichberechtigt.

→ ...sind Orte, an denen sexistisches, rassistisches, antisemitisches und ähnlich diskriminierendes Verhalten keinen Platz haben soll. Konflikte sollen grundsätzlich gewaltfrei gelöst werden.



Alle Punkte, die wir hier aufgezählt haben, sind Ziele und Wünsche. In der Praxis sieht es oft anders aus – auch die Wege zum perfekten „Freiraum“ sind steinig. Aber lasst uns alle gemeinsam daran arbeiten, dass das, was oft noch Wunschtraum ist, jeden Tag ein kleines bisschen mehr Realität wird!

Freiräume sind ein wichtiger Faktor des Widerstands gegen die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in der und um die Stadt. Hier treffen Menschen, die seit Jahren politisch aktiv sind, auf Menschen, die gerade erst angefangen haben sich zu engagieren, hier treffen Gruppen, die gegen die zunehmende Armut aktiv sind, auf Projekte, die versuchen, die ständig steigenden Mieten zu stoppen, hier findet sich immer ein Raum, ein Computer und Unterstützung für Menschen, die gerade eine neue politische oder soziale Gruppe gegründet haben.

„Freiräume“ sind für Alle da – außer für Nazis, Rassist_innen, Antisemit_innen, Sexist_innen, überzeugte Verfechter_innen der herrschenden kapitalistischen Weltordnung und die Polizei. Nutzen wir sie, kämpfen wir für sie! **Machen wir Straßen und Plätze und die ganze Welt zum Freiraum!**

Ein kleiner Überblick über existierende Freiräume in den verschiedenen Bezirken findet sich im Internet unter www.kreuzberg-info.de/pirati/ links. Auf www.stressfaktor.squat.net findet ihr weitere Adressen und Termine. Kommt vorbei, macht euch selbst ein Bild!

DIE WIR BLEIBEN ALLE – KAMPAGNE

Die städtischen Umstrukturierungen sind in den letzten Jahren immer heftiger geworden. Dies geht auch nicht spurlos an den (noch) zahlreich vorhandenen alternativen Projekten („Freiräumen“) in Berlin vorbei. Einst besetzte und mittlerweile mit Mietverträgen ausgestattete selbstorganisierte Häuser sind zunehmend von Verdrängung betroffen. Mit ihnen verschwinden nicht-kommerzielle Läden, unabhängige Kulturangebote und Räume zur politischen Arbeit aus der Innenstadt. Statt dessen werden Großprojekte wie „Mediaspree“ hochgezogen, Luxuswohnanlagen neben den Mauerpark gepflanzt, Carlofts in den Reichekiez eingefügt und noch ein Einkaufszentrum an den Alex gestellt.

In der „Wir bleiben Alle“-Kampagne haben sich seit Dezember 2008 durch die aktuelle Stadtumstrukturierung betroffene alternative Projekte

in Berlin zusammengeschlossen. Am 27. jeden Monats gibt es eine große Vollversammlung. Hier werden aktuelle Informationen ausgetauscht, Projekte und Kampagnen geplant, über Erfahrungen diskutiert. Arbeitsgruppen arbeiten an verschiedenen Themen: Öffentlichkeitsarbeit, die Besetzung des Tempelhof-Geländes, die Planung der nächsten Demonstration und noch viel mehr.

Da von aktueller Entwicklung der kapitalistisch organisierten Stadt viel mehr Menschen negativ betroffen sind als diejenigen in den bedrohten alternativen Häusern und Projekten, wurde die Kampagne schnell ausgeweitet. Immer mehr Bürgerinitiativen und politische Gruppen haben angefangen, den Spruch „Wir bleiben Alle“ zu verwenden. „Wir bleiben Alle“ bedeutet, dass wir gegen die Zwangsräumungen von Wohnun-



gen, gegen Abschiebungen von Migrant_innen und die Verdrängung selbstorganisierter Räume gleichermaßen sind. Auch die Thematisierung von Rassismus, Sexismus, schlechten Löhnen, maroder Bildung und der autoritäre Umgang mit sozialen Problemen (durch Polizei und Überwachung) gehören dazu. Gerade durch die Vielfältigkeit der Menschen, die sich bei WBA beteiligen, wird eine umfassende Kritik an der gegenwärtigen Lebensrealität in Berlin geübt.

Mehr Informationen über die WBA – Kampagne, aktuelle Termine und Berichte gibt's auf der Internetseite: <http://wba.blogspot.de>.



FRAU MEIER UND DIE MIETERHÖHUNG

Ein sonniger Morgen in Neukölln, Juli 2009. Frau Meier aus der Spreestraße 80 geht zum Briefkasten. Ein Brief von ihrer Mutter aus Bremen – sehr schön. Und ein amtlich aussehendes Schreiben – ein Brief von der Hausverwaltung.

„Sehr geehrte Frau Meier“, beginnt der Brief. „Bla bla bla ...teilen wir Ihnen mit, dass Miete für die von Ihnen angemietete Wohnung sich zum 01.10.09 auf 498 Euro erhöht“, geht es weiter. Und endet schließlich „...mit freundlichen Grüßen, Ihre Hausverwaltung im Auftrag des Eigentümers, der Immo-Invest GmbH“.

Draußen scheint die Sonne, aber in Frau Meiers Gedanken herrscht Finsternis. Doch dann wächst die Wut. „Noch mehr von meinem miesen Lohn als Krankenschwester im Urban an Immo-Invest abdrücken?“ fragt sich Frau Meier. „Nee – nicht mit mir!“ Vor der Spätschicht wirft Frau Meier noch eine Einladung in die Briefkästen im Haus. Alle Mieterinnen und Mieter sind eingeladen – nächsten Sonntag Kaffee und Kuchen bei Frau

Meier, um über die angekündigte Mieterhöhung zu reden.

Nächster Sonntag. Für die 20 Leute, die gekommen sind, ist Frau Meiers Wohnung fast zu klein. Noch vier andere Mietparteien haben die Mieterhöhung gekriegt. Die Mietergemeinschaft wurde schon kontaktiert – rechtlich ist da nichts zu machen, die Mieterhöhung ist legal. Aber alle sind sich einig. Mieterhöhung? Nicht mit uns!

Als erste Aktion soll es in zwei Wochen eine Versammlung vor dem Haus Spreestraße 80 geben. Aufgaben werden verteilt. Frau Meier und Herr Güney schreiben einen Brief für die Haustüren der Nachbarhäuser. Frau Gonzales geht zur monatlichen Versammlung der „Wir bleiben alle“-Kampagne. Punker Peter informiert einen Kumpel, der Journalist ist. Inge wird versuchen, sich ein Megaphon an der Uni auszuleihen, und Frau Pamuk aus dem vierten Stock guckt mal, was sie so an Infos über Immo-Invest im Internet findet.



August. Trotz Regens versammeln sich über 100 Menschen vor dem Haus, in dem Frau Meier wohnt. Jemand hat eine Mikrofon-Anlage mitgebracht. Frau Meier erzählt von der Mieterhöhung. Frau Pamuk berichtet, daß Immo-Invest über 65.000 Wohnungen in Berlin besitzt. Frau Stein aus dem Nachbarhaus, über 80, hat Angst, dass sie bald auch eine Mieterhöhung kriegt, das Haus, in dem sie wohnt, wurde gerade verkauft. Alle sind sich einig: So kann das nicht weitergehen – jetzt wehren wir uns, aber richtig! Am nächsten Tag erscheint ein Artikel im Berlin-Echo, auch auf Indymedia und im Newsletter Steigende Mieten stoppen wird über Immo-Invest und die Mieterhöhung im Haus von Frau Meier berichtet.

September. Die einst weisse Fassade von Immo-Invest ist mit Farbfecken übersät. Die Glaserei von nebenan kommt nicht mehr hinterher, die eingeworfenen Fensterscheiben bei Immo-Invest zu reparieren, neue Schäden werden nur noch notdürftig mit Plastikfolie überklebt. Zum großen Treffen aller Immo-Invest-Mieterinnen und -Mieter Ende September kommen über tausend Menschen zusammen und beschließen: jeder Cent Profit, den Immo-Invest über unsere Mieten als Profit erwirtschaftet, ist ein Cent zuviel!

Oktober. Immo-Invest schickt einen Brief an Frau Meier und die anderen Mieterinnen und Mieter der Spreestraße 80, dass die Mieterhöhung zurückgenommen wird. Abends großes Hoffest, super Stimmung. Alle tanzen und feiern. Am nächsten Tag ist Hausversammlung, und es wird beschlossen: Der Kampf gegen Immo-Invest geht jetzt erst richtig los!

November. Frau Meier und Frau Pamuk, Inge und Peter, Frau Gonzales, Herr Güney und alle anderen Mieterinnen und Mieter der Spreestraße 80 haben beschlossen, keine Miete mehr an Immo-Invest zu zahlen. Ab sofort zahlen sie an sich selbst. Frau Pamuk und Inge kümmern sich um die Verwaltung. Peter repariert das kaputte

Fenster in der Wohnung von Frau Meier. Immo-Invest droht mit der Räumung der Spreestraße 80, wenn nicht sofort wieder Miete gezahlt wird. Eine Demonstration mit 5.000 Menschen zieht vor die Immo-Invest-Zentrale. Hunderte Polizisten versuchen, die Immo-Invest-Zentrale vor der Wut der Menschen zu schützen – ohne Erfolg. Ungezählte Farbeier prasseln unter dem Jubel der Demonstrantinnen und Demonstranten auf die Fassade, ein Polizeiwagen geht in Flammen auf.

Dezember. Die Mieterinnen und Mieter von über 100 weiteren Immo-Invest-Häusern haben sich dem Modell Spreestraße 80 angeschlossen, zahlen keine Miete mehr an Immo-Invest und verwalten sich selbst. Die Polizei erklärt, nichts machen zu können – jedes polizeiliche Eingreifen hätte wohl berlinweite, unbegrenzte Straßenschlachten zur Folge.

Ein sonniger Morgen in Neukölln, Juli 2009. Frau Meier erwacht, auf dem Schreibtisch liegt die Mieterhöhung von Immo-Invest. „So ein schöner Traum“, denkt Frau Meier. „Aber warum soll das eigentlich ein Traum bleiben? Fangen wir endlich an zu kämpfen!“ In drei Stunden muß Frau Meier zur Spätschicht – genug Zeit also, um einen Brief an alle Nachbarinnen und Nachbarn zu schreiben!

EIN BRIEF AN UNSEREN HAUSBESITZER/ UNSERE HAUSBESITZERIN

Hast auch Du dich schon öfter geärgert, dass Deine Miete so hoch ist? Haben auch Sie sich schon öfter gefragt, was eigentlich mit der Kohle passiert, die Sie Monat für Monat auf das Konto Ihres Hausbesitzers oder Ihrer Hausbesitzerin überweisen?

Um mehr zu erfahren, was mit der monatlich überwiesenen Miete eigentlich geschieht, fragt mensch am besten selbst nach. Hierzu findet sich auf der folgenden Seite der Entwurf für einen Brief an unsere Hausbesitzerin, unseren Hausbesitzer oder die Firma, der unser Haus gehört. Es wäre schön, wenn dieser oder ein ähnlicher Brief an möglichst viele Hausbesitzer_innen in Berlin geschickt würde.

Wenn ihr nicht wisst, wem das Haus, in dem ihr lebt, gerade gehört: einfach den Brief an die Hausverwaltung schicken, mit der Bitte um Weiterleitung. Füllt alle Felder aus, die ihr wisst, natürlich nicht die Felder, die für den Hausbesitzer oder die Hausbesitzerin zum Ausfüllen gedacht sind: wieviel Eurer Miete für was verwendet wird.

Bitte schickt doch eine Kopie Eures Briefes und natürlich auch die eventuelle Antwort des Hausbesitzers oder der Hausbesitzerin an die Spreepirat_innen: spreepiratinnen@gmx.net, oder per Post an Spreepirat_innen, c/o Stadtteilbüro, NewYorck im Bethanien, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin.

Die Spreepirat_innen werden die Informationen, die Ihr schickt, auf geeignete Art und Weise der Öffentlichkeit zugänglich machen – Euren Namen natürlich nicht, das bleibt alles anonym (am besten schwärzt oder löscht ihr Euren Namen schon dann, wenn ihr uns was schickt). Wenn ihr noch ein paar weitere Infos zu Eurem Haus und der Wohnung schickt, wäre das natürlich super: ob es sich um einen Alt- oder Neubau handelt, wie die Wohnung ausgestattet ist, wie sich die Miete in den letzten Jahren entwickelt hat.

Jeder Cent Profit, den der/die Hausbesitzer_in über unsere Miete eintreibt – ist ein Cent zu viel!



**An den Hausbesitzer / die Hausbesitzerin / die Eigentümer-Firma
des Wohnhauses , Berlin**

Sehr geehrter Herr/ Frau/ Firma

Ich,, bewohne zur Zeit eine Wohnung an der folgenden Adresse:
.....Berlin. Ich zahle zur Zeit eine monatliche Kaltmiete
von Euro bei einer Wohnungsgröße von m². Laut meiner Information befindet sich das
Haus, in dem ich wohne, in Ihrem Besitz/im Besitz der Firma

Da ich finde, dass Wohnen ein Menschenrecht sein sollte, das allen Menschen zur Verfügung stehen
muss, und keine Ware, mittels derer sich die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer auf Kosten der
Mieterinnen und Mieter bereichern, interessiert mich sehr, ein wie großer Teil der von mir gezahlten
Miete zur Erzielung von privaten Profiten dient. Ich möchte Sie deshalb bitten, diesen Fragebogen
umgehend ausgefüllt an mich zurückzuschicken.

Welcher Anteil der von mir derzeit bezahlten monatlichen Kaltmiete in Höhe von Euro
entfällt jeweils auf die folgenden Punkte?

- Laufende Instandhaltung des Hauses, Reparaturen usw: Euro
- Rücklagen für zukünftige Reparaturen und Instandhaltung: Euro
- Kosten für den Hausmeister/die Hausmeisterin: Euro
- Verwaltungskosten: Euro
- Versicherungen: Euro
- Kapitalkosten und Profit: Euro
- Summe Kaltmiete: Euro**

Ich möchte Sie des weiteren bitten, mir mitzuteilen,

- welche Mietshäuser außer des von mir bewohnten Hauses Sie/Ihre Firma in Berlin besitzen.
- wie groß der bei Ihnen/Ihrer Firma verbleibende Gesamtprofit ist, der von den Mieterinnen und
Mieter der Ihnen/Ihrer Firma gehörenden Mietshäusern in Berlin pro Jahr aufgebracht wird.

Mit freundlichen Grüßen,

..... (Datum, Name)

STEIGENDE MIETEN STOPPEN.

Das gute Leben für alle und überall erkämpfen!

Wir träumen von einem guten Leben ohne Angst für alle. Ein Leben ohne finanzielle Not – nicht nur heute und morgen, sondern auch nächstes Jahr. Ein Leben ohne Angst vor Arbeitslosigkeit. Ein Leben mit guten Schulen für unsere Kinder und kostenlosen Universitäten. Ein Leben, wo wir gut und kostenlos behandelt werden, wenn wir krank sind, und auch dann sicher und gut leben, wenn wir älter werden. Ein Leben ohne Angst vor Klimakatastrophe und explodierenden Atomkraftwerken, ohne Angst vor Diskriminierung wegen unserer Hautfarbe oder sexuellen Orientierung, ohne Angst vor Abschiebung, weil wir nicht den richtigen Pass haben. Ein Leben mit einer guten und billigen Wohnung an dem Ort unserer Wahl – ohne Angst vor Kündigung und Mieterhöhung, nicht heute, nicht morgen, und auch nicht nächstes Jahr. Wir träumen? Fangen wir an, für unsere Träume zu kämpfen!

Reden wir miteinander. Organisieren wir uns. Leisten wir Widerstand.

WIR BLEIBEN ALLE!